



ÜBRIGENS...

Redaktionsschluss: 03.08.2017

SIND ROHSTOFFE EINE GUTE GELDANLAGE?

Unter dem Gesichtspunkt möglichst breiter Diversifikation macht es durchaus Sinn, sich auch als Privatanleger mit der "Asset-Klasse Rohstoffe" zu beschäftigen. Argumente für Rohstoff-Investments kommen vor allem von Seiten der Anbieter entsprechender Anlagen. Gold und andere Edelmetalle gelten als Schutz vor Krisen und vor Inflation. Zudem wird gerne auf die Knappheit vieler Rohstoffe verwiesen, deren Abbau immer aufwändiger werde, was angesichts stetig wachsender Weltbevölkerung und ihrer Konsumbedürfnisse zu steigenden Preisen führen müsse. Anders als Aktien und Anleihen werfen Rohstoffe allerdings selbst keinerlei Erträge ab. Ein Rohstoff-Investment ist grundsätzlich eine Wette auf einen steigenden Preis, der sich durch Angebot und Nachfrage ergibt. Alle Erwartungen an die zukünftige Entwicklung spiegeln sich aber bereits im aktuellen Preis wider, was Investments in Rohstoffe zu einer schwierigen Anlage macht, die Fachkenntnisse und aktive Timing-Entscheidungen erfordert. [dc2]

ZINSEN: UMDENKEN!

Die Niedrig-, Null- oder sogar Negativ-Zinsen quälen deutsche Sparer seit Jahren. Und haben ein allmähliches Umdenken ausgelöst. Offenbar gibt es doch eine Veränderung des Sparverhaltens. Laut einer Studie stecken heute mehr Bundesbürger Geld in Aktien und Fonds. Gegenüber 2012 habe man einen Anstieg um fast ein Viertel beobachtet. Ist dies der Anfang eines längerfristigen Umdenkens? Oder steht die Veränderung des deutschen Sparverhaltens schon wieder vor dem Ende, dann nämlich, wenn es vielleicht schon bald wieder (höhere) Zinsen geben sollte?

Anstrengungen der Banken und Investmentgesellschaften, die Deutschen zur Wertpapieranlage zu bewegen, hat es in den vergangenen Jahren viele gegeben. In diesem Jahr ließ die Deutsche Asset Management, vormals DWS und Fondstochter der Deutschen Bank, die "böse Null" auf die Sparer los. Das grimmige, rote Monster frisst das Geld der Sparer auf, denn Nullzinsen können den Kaufkraftverlust des Geldes nicht aufhalten.

Ob aus wirklicher Überzeugung oder Frustration, hat sich das Sparverhalten zumindest bei jedem Zweiten verändert: Wie eine Umfrage des Online-Umfrage-Unternehmens Toluna im Auftrag der Fondsgesellschaft Fidelity ergab, macht nur noch rund die Hälfte der Deutschen weiter wie zuvor. Rund ein Viertel der Befragten hat dagegen kapituliert: Sie gaben an, weniger zu sparen und mehr zu konsumieren. Aber immerhin weitere 24 Prozent investieren heute mehr Geld in Aktien oder Fonds als vor fünf Jahren.

Durch die Niedrig-Zinsen seien nun mehr Sparer bereit, Finanzprodukte mit höheren Renditechancen zu nutzen, kommentierte Andreas Telschow von Fidelity die Umfrageergebnisse. Bei der Gesamtzahl der Aktien- und Fondsbesitzer lässt sich allerdings noch kein stabiler Aufwärtstrend erkennen. "Die Deutschen sind leider immer noch kein Volk der Anleger, sondern ein Volk der Sparer - daran hat selbst die anhaltende Niedrigzinsphase bis heute nichts ändern können", stellte kürzlich der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), Marc Tüngler, fest.

Und so ist zu vermuten, dass eine Mehrheit der Deutschen auf höhere Zinsen hofft. Wertpapieranlegern wäre ein rascher und weitreichender Zinsanstieg dagegen nicht willkommen. Denn steigende Zinsen wirken tendenziell negativ auf die Aktienkurse: Steigende Zinskosten dämpfen Investitions- und Konsumbereitschaft. Auf die Kurse festverzinslicher Wertpapiere würden steigende Zinsen ganz unmittelbar belastend wirken: Über einen Kursrückgang würde sich ihre Rendite den neuen Gegebenheiten anpassen.

So verwundert es nicht, dass an den Börsen die zukünftige Zinsentwicklung eines der beherrschenden Dauerthemen ist. Seit geraumer Zeit wird an den Kapitalmärkten über eine allmähliche Normalisierung der Zinsen in Euroland spekuliert, nachdem die Rückkehr zu positiven Zinsen in den USA schon fortgeschritten ist. Dort hatte die Notenbank zunächst ab 2013 ihre umfangreichen Anleihekäufe schrittweise auf Null reduziert (das sogenannte "Tapering") und dann die Leitzinsen nach und nach erhöht, inzwischen viermal um je einen Viertel Prozentpunkt.

Ähnlich könnte es auch in Euroland ablaufen: Im Herbst könnte die Europäische Zentralbank (EZB) ankündigen, ihre Anleihekäufe zu verringern. Eine erste "Anpassung" ihrer Aufkäufe hatte sie schon vorgenommen, von 80 auf 60 Milliarden Euro monatlich. Nun wird zunehmend darüber spekuliert, dass das Volumen der EZB-Anleihekäufe spätestens im Laufe des Jahres 2018 schrittweise auf Null reduziert werden könnte. Etwas später, wohl im Jahr 2019, könnte die EZB dann erstmals seit 2011 ihre Zinsen wieder anheben. Kommen also die guten Zeiten für Sparer wieder, während Wertpapieranleger dann schlechter abschneiden?

Bis auf weiteres und langfristig dürften Wertpapieranleger weiter die besseren Karten haben: Der Ausstieg der Europäischen Zentralbank aus ihrer Nullzins-Politik wird mindestens ein, zwei Jahre in Anspruch nehmen. Und selbst dann wird kaum das Zinsniveau erreicht sein, das früher als "normal" galt. An eine Rückkehr zum langfristigen Durchschnittszins früherer Jahrzehnte glaubt kaum ein Kapitalmarktexperte. Zudem könnte die Inflationsrate ebenfalls steigen und oberhalb der Spar- und Festgeldzinsen bleiben, so dass höhere Zinsen den Kaufkraftverlust des Geldes weiterhin nicht einmal ausgleichen können. Es bleibt also zu hoffen, dass die steigende Bereitschaft zu sinnvollen Wertpapieranlagen zu einem echten Trend anwächst. [dc2]

ANLEGER SCHADEN SICH SELBST

Die meisten Deutschen legen ihr Geld falsch an. Dass Aktieninvestments eigentlich bei der langfristigen Vermögensbildung und Kapitalanlage nicht zu schlagen sind, ist zwar immer wieder belegt, wird aber hierzulande kaum beherzigt. Ein Grund dafür ist auch, dass Privatanleger dem Erfolg mit Aktieninvestments selbst im Wege stehen. Eine Studie bezifferte jüngst die Rendite, die mit einer weltweiten Aktienanlage seit 1970 erzielt wurde, auf durchschnittlich sieben Prozent pro Jahr. Privatanleger hätten jedoch im Schnitt nur zwei Prozent mit Aktien verdient. Die Mehrheit der Anleger hat durch eigene Fehler den größten Teil des Gesamtertrages aus Aktieninvestments vernichtet.

Der Studie eines Online-Vermögensverwalters liegt die Betrachtung des Weltaktienindex MSCI World von 1970 bis 2015 zugrunde. In diesem Zeitraum brachte ein breit diversifiziertes Investment in Aktien der Industrieländer eine jährliche Rendite von rund 7 Prozent - trotz der schweren Baisse-Phasen von 2000 bis 2003 und von 2007 bis 2009. Die hohen zwischenzeitlichen Schwankungen hätten Investoren mit einfachen Strategien, etwa einem Sparplan, nutzen können, um noch bessere Renditen zu erzielen. Tatsächlich aber ist das Timing der meisten Privatanleger so schlecht, dass die falschen Ein- und Ausstiegszeitpunkte die größten Fehler sind. Oft ermutigte erst ein weitreichender Anstieg der Aktienkurse Privatanleger zum Einstieg. Doch die sprichwörtliche "Milchmädchenhauss" ist der denkbar schlechteste Zeitpunkt zum Kauf, so beispielsweise Ende der 1990er Jahre, als sich viele deutsche Anleger erstmals an die Aktienanlage herantrauten. Sind Börse und Aktien populär und die Erwartungen optimistisch, sind die Kurse hoch und Enttäuschungen vorprogrammiert. Umgekehrt schmeißen die meisten das Handtuch, wenn die Stimmung schlecht und die Kurse niedrig sind. Statt eigener Timing-Versuche kann man Privatanlegern deshalb grundsätzlich zu "Buy-and-hold"-Strategien raten: "Kaufen und liegen lassen." Und "liegen lassen" muss man vor allem dann, wenn es am schwersten fällt, dann, wenn es so aussieht, als bräuchte ein Aktieninvestment nur Verluste. Wer auf Timing-Versuche verzichtete, hat mit einem breit gestreuten Aktieninvestment zwischen 1970 und 2015 seinen Einsatz um einen zweistelligen Faktor vervielfacht. Die Studie des Online-Vermögensverwalters beziffert den Erfolg einer Buy-and-hold-Strategie und das Risiko von Timing-Versuchen wie folgt: Aus 1.000 Euro, die der Anleger im Jahr 1970 in den US-Leitindex S&P 500 investiert hätte, wären bis zum Jahr 2015 satte 90.000 Euro geworden. Das entspräche einer Verneunzigfachung des damals eingezahlten Betrags. Habe der Anleger allein den Tag mit dem höchsten Wertzuwachs in diesem Zeitraum verpasst, sinke das Endergebnis schon von 90.000 schon auf 80.000 Euro. Wer die fünf besten Börsentage verpasst habe, hätte 30.000 Euro weniger in der Tasche. Und derjenige, welcher die 25 besten Tage nicht investiert gewesen wäre, komme nach 45 Jahren nur auf eine Summe von 20.000 Euro.

Das Risiko, beim Einstieg den "falschen" Zeitpunkt zu erwischen, relativiert sich mit steigender Anlagedauer erheblich. Kurzfristig lässt es sich dadurch verringern, dass der anzulegende Geldbetrag nicht "auf einen Schlag" sondern verteilt investiert wird. So könne man beispielsweise 10 mal 10 Prozent der angedachten Gesamtsumme stufenweise in regelmäßigen monatlichen Abständen einzahlen. Wie bei einem Sparplan reduziert man das "Timing-Risiko" und nutzt den "Cost-Average-Effekt", weil der eigene so erzielte gewogene Einstandskurs unter dem Durchschnittskurs der Kaufzeitpunkte liegt.

Bei der Direktanlage in Aktien konzentrieren sich allerdings viele Anleger zu sehr auf eine Branche oder den eigenen Heimatmarkt. Für die aus zu geringer Risikostreuung entstehenden Risiken führt die Studie griffige Beispiele an: Wer allein in die VW-Aktie investiert habe, hätte im Zuge der Abgasaffäre innerhalb weniger Tage 40 Prozent verloren. In einem global diversifizierten Portfolio, in dem VW mit 0,1 Prozent gewichtet wäre, hätte der Effekt bei nur -0,04 Prozent gelegen. Ein weiteres Beispiel sei das Brexit-Votum beim Referendum in Großbritannien im Juni 2016. Hier verlor der DAX an nur einem Tag fast 10 Prozent. Ein global gestreutes Aktienportfolio gab gerade einmal 0,8 Prozent ab. Eine breite Streuung bei der Wertpapieranlage verringert Verlustrisiken erheblich. Ein gut strukturiertes Portfolio sollte verschiedene Anlageklassen und -strategien abdecken. Der Einsatz von Aktienfonds ermöglicht es auch, breit gestreut in kleinere Aktien und gezielt in günstig bewertete Aktien zu investieren. Diese beiden Faktoren lassen langfristig eine überdurchschnittliche Performance erwarten, denn sie enthalten sogenannte "Risikoprämien". Nach Erkenntnissen des Nobelpreisträgers Prof. Eugene Fama bringen sogenannte "Small Caps", also Aktien von kleineren Unternehmen, langfristig eine zusätzliche Rendite von 2,2 Prozent jährlich. Mit der gezielten Auswahl unterbewerteter Aktien, wie dies beim sogenannten "Value-Ansatz" geschieht, betrage die "Überrendite" immerhin 1,1 Prozent pro Jahr. Allerdings hat es immer wieder Phasen gegeben, in denen der ein oder andere Faktor keine bessere Wertentwicklung brachte. Ein Grund mehr, auch über verschiedene Strategien zu diversifizieren. [dc2]

AUFSCHWUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Die Krise steckt vielen Anlegern noch in den Knochen: 2007 brach die Bankenkrise aus, ein Jahr später griff sie mit brachialer Gewalt auf die reale Wirtschaft über: Weltuntergangsstimmung herrschte nicht nur an den Börsen. Doch schon ein weiteres Jahr später, 2009, war das schlimmste vorbei und die Weltwirtschaft begann mit einem Aufschwung. Die Schuldenkrise köchelt seitdem zwar weiter, drohte zwischenzeitlich den ein oder anderen Staat an der Peripherie Europas in den Abgrund zu ziehen, konnte den weltweiten Wirtschaftsaufschwung aber nicht verhindern. Und obwohl die Trendwende zum Besseren jetzt schon acht Jahre zurückliegt, ist ein Ende des Aufschwungs noch immer nicht absehbar - im Gegenteil: Jüngst bescheinigte der Internationale Währungsfonds (IWF) dem Aufschwung die Kraft, sich in den kommenden Monaten fortzusetzen. "Die jüngsten Daten deuten darauf hin, dass der Weltwirtschaft der breiteste synchrone Aufschwung des Jahrzehnts bevorsteht", schreiben die Experten der internationalen Organisation in ihrem jüngst erschienenen "Weltwirtschaftlichen Ausblick".

Der Internationale Währungsfonds, auf Englisch "International Monetary Fund" (IMF), ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UNO). Seine Experten beobachten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Entwicklung der Volkswirtschaften weltweit, um die internationale Zusammenarbeit in der Währungspolitik, die Ausweitung des Welthandels und die Stabilisierung von Wechselkursen zu fördern. Dazu wird die Geldpolitik überwacht und im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten Ländern ohne ausreichende Währungsreserven geholfen. Die vom IWF als Gegenleistung für Hilfskredite geforderten Reformen sind zwar meist unpopulär, verhinderten aber in unzähligen Fällen den Zusammenbruch der betroffenen Volkswirtschaften. Die Expertise des IWF ist deshalb zwar oft willkommen, sein Ratschlag aber meist politisch nicht gewollt. Jüngstes Beispiel dafür ist die Forderung des IWF nach einem Teilschuldenerlass für Griechenland.

Die Konjunkturoxperten des IWF haben ihre Wachstumsprognosen für fast alle Weltregionen angehoben, darunter für Deutschland, die gesamte Euro-Zone, Mittel- und Osteuropa, Japan, China und die asiatischen Schwellenländer. Unterm Strich soll die gesamte Weltwirtschaft in diesem Jahr um 3,5 Prozent wachsen und im kommenden Jahr noch einmal um 3,6 Prozent. Dieses Wirtschaftswachstum bezeichnet wie üblich die reale Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Leistung, also unter Berücksichtigung der Preisveränderungen.

Europa kann nach Einschätzung des IWF die ungewohnte Rolle einer "Konjunkturlokomotive" übernehmen. So bezeichnet man Länder oder Regionen, die durch ihre überdurchschnittliche wirtschaftliche Aktivität positiv auf andere Volkswirtschaften ausstrahlen, diese gleichsam "mitziehen" oder "anschieben". Oft hatten die USA diese Rolle. Aktuell verläuft der Konjunkturaufschwung weltweit aber außergewöhnlich synchron. Dabei dürfte sich Europa nicht als Bremsklotz, sondern eher als einer der Treiber erweisen. Gründe dafür sehen

die Experten des IWF zum einen in der anhaltend kräftigen Konjunktur in Deutschland, aber auch in der Aufholjagd der europäischen Krisenländer. Die spanische Wirtschaft beispielsweise soll in diesem Jahr um über drei Prozent wachsen. "Wir haben die Wachstumserwartungen für 2017 für viele Euro-Zone-Länder nach oben korrigiert", heißt es im IWF-Report. "Unter anderem für Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien, wo das Wachstum im ersten Quartal grundsätzlich stärker war als erwartet." Für die Euro-Zone insgesamt erwartet der IWF ein reales Wachstum von 1,9 Prozent. Die Sorgen, die auch an den Börsen noch Anfang des Jahres geherrscht hatten, sind kleiner geworden: "Kurzfristig sehen wir sogar die Möglichkeit, dass die Volkswirtschaften in Kontinentaleuropa noch stärker wachsen, weil die politischen Risiken kleiner geworden sind."

Umgekehrt müssen die Erwartungen an die USA gesenkt werden. In den vergangenen Monaten wurde deutlich, dass aus den großspurigen Ankündigungen des neuen US-Präsidenten wenig wird. Maurice Obstfeld, Chefvolkswirt des IWF, drückt das politisch rücksichtsvoller aus: Weil für die USA mit geringeren Staatsausgaben zu rechnen sei, habe man die Wachstumserwartungen für die USA heruntergenommen. "Aus globaler Sicht ist unsere weniger optimistische Sicht auf die USA sicherlich die bedeutendste Herabstufung", erklärte Obstfeld zur Absenkung der US-Vorhersage für 2017 und 2018. US-Präsident Trump hatte zunächst ein Infrastrukturprogramm im Umfang von 1.000 Milliarden Dollar angekündigt. Im Mai sprach Trump dann nur noch davon, in den kommenden zehn Jahren 200 Milliarden Dollar in die Infrastruktur zu stecken. Nachdem die Regierung Trump aber von einem misslungenen Gesetzesvorhaben zum nächsten stolpert, wird zunehmend bezweifelt, dass Trump seine Wahlversprechen auch nur ansatzweise auf den Weg bringt. "Auch die Märkte erwarten weniger von zusätzlichen Staatsausgaben", heißt es nüchtern dazu im IWF-Report. Im Ausblick bezeichnen die IWF-Ökonomen die laienhafte Politik von Präsident Trump und die dadurch verursachte Unsicherheit als eine der größten Risiken für die Konjunktur - nicht nur für die USA, sondern weltweit.

Auch in Europa gehen die Probleme von populistischen Politikern aus: Die IWF-Ökonomen werten die Brexit-Verhandlungen als Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Für Großbritannien hat der IWF die Wachstumsprognose deutlich auf 1,7 Prozent in diesem Jahr und nur noch 1,5 Prozent im kommenden Jahr gesenkt.

Schließlich verweist der Internationale Währungsfonds auf die Risiken, die von einem Zinsanstieg ausgehen könnten. Insbesondere die Konjunktur der Schwellenländer könnte unter steigende Zinsen in den USA leiden, weil sich viele Emerging Markets in Dollar verschuldet haben. Die Konjunkturprognosen sind weiterhin positiv. Dennoch sollten Anleger die Entwicklungen aufmerksam beobachten - oder von Fondsmanagern beobachten lassen. [dc2]

Mit freundlichen Grüßen



Fred und Steffen Nowicki

Wenn Sie nähere Informationen zu den angesprochenen Themen wünschen, wenden Sie sich bitte an Ihren Berater:
secumed Finanzdienstleistungsgesellschaft mbH
Fred und Steffen Nowicki
Prellerstraße 48
04155 Leipzig
info@secumed-leipzig.de
03 41 - 5 89 43 40
03 41 - 5 89 43 43

Die Übrigens... erscheint bei der Drescher & Cie Gesellschaft für Wirtschafts- und Finanzinformationen mbH, Ettore-Bugatti-Str. 6-14, 51149 Köln. Trotz sorgfältiger Auswahl der von der Drescher & Cie GmbH als zuverlässig eingestufte Quellen und Informationen kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte nicht gehaftet werden. Dies gilt insbesondere für Inhalte, die nicht von der Redaktion der Drescher & Cie GmbH, sondern von Dritten stammen. Inhalte der Redaktion sind anhand der jeweiligen Kürzel am Ende der redaktionellen Beiträge erkennbar, welche sich auf der Internetseite www.investmentredaktion.de/redaktion wiederfinden lassen. Die Inhalte der Übrigens... dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie stellen weder eine individuelle Anlageempfehlung noch eine Aufforderung zum Kauf- oder Verkauf von Wertpapieren dar. Kein Teil der Übrigens... oder dessen Format darf (auch auszugsweise) ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der Drescher & Cie GmbH oder ohne eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit der Drescher & Cie GmbH zur Nutzung der Inhalte und / oder des Formats der Übrigens... (Nutzungsrecht) reproduziert, nachgedruckt oder sonst vervielfältigt oder verbreitet werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie (auch auszugsweise) ohne Nutzungsrecht verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verleger. Regelungen zu einem Nutzungsentgelt im Rahmen einer Einräumung eines Nutzungsrechts bleiben unberührt. (c) 2008 Drescher & Cie GmbH